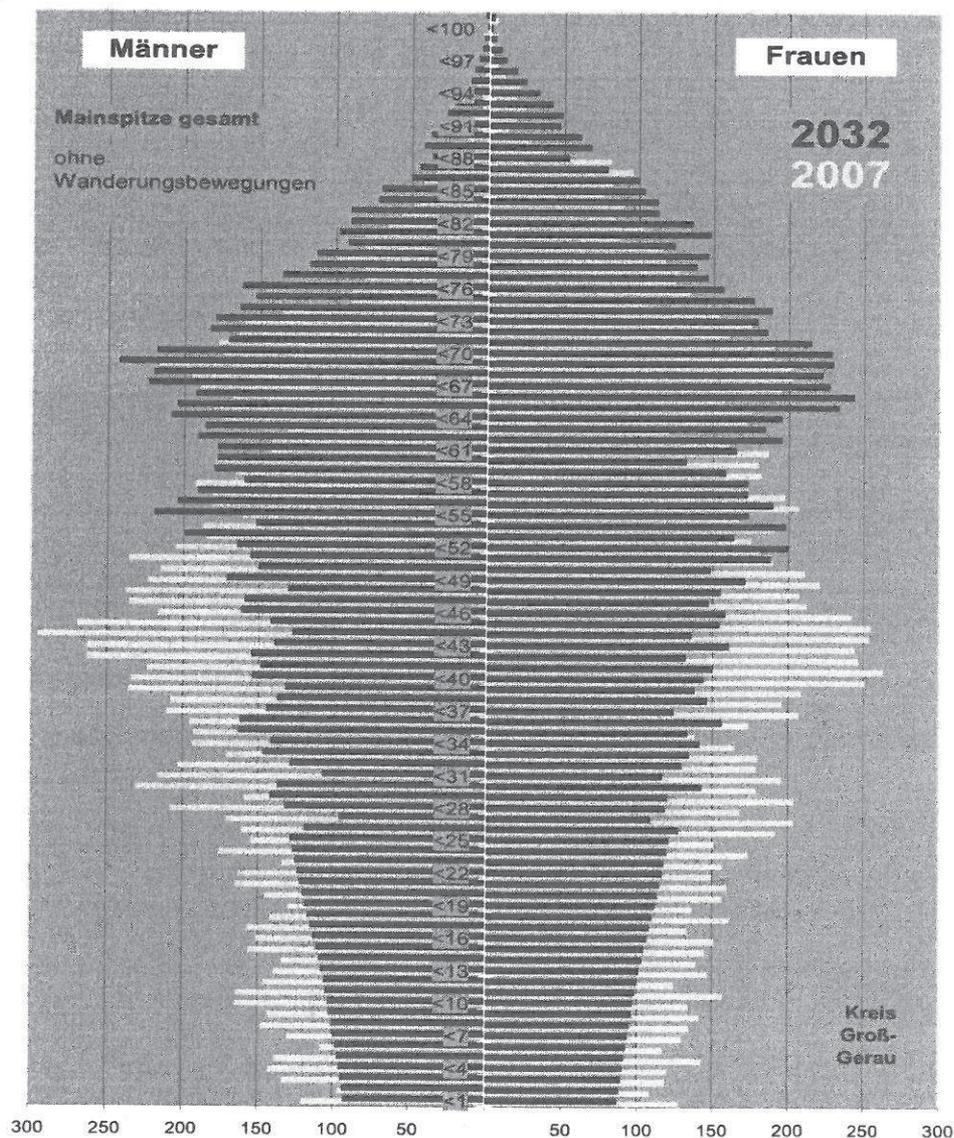


Demographiecheck - Mainspitze

"Zukunft gestalten – Die Mainspitze im Jahr 2020/2030"

Analysen, Ergebnisse und Handlungsempfehlungen
des Workshops für die beiden Mainspitzgemeinden

Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg



Inhalt	Seite
Vorab	5
1. Handlungsempfehlungen des gemeinsamen Demographie Checks Mainspitze	6
1.1 Handlungsempfehlung: Pädagogisches Konzept	6
1.2 Handlungsempfehlung: Kinder- und Familienzentren / Mehrgenerationenansatz	6
1.3 Handlungsempfehlung: Wohnungspolitik – öffentlicher Raum	7
2. Workshopkonzept und Arbeitsprogramm	8
2.1 Vorbereitung	8
2.2 Teilnehmer/innen	8
2.3 Umsetzung	9
3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen – Abschrift der Wandzeitung	10
3.1 Arbeitsgruppe Kinder und Familie	10
3.2 Arbeitsgruppe Bildung	11
3.3 Arbeitsgruppe Senioren	12
3.4 Arbeitsgruppe Infrastrukturentwicklung und Wohnen	13
3.5 Bilanz der Workshops - übergreifende Schlussfolgerungen	15
3.6 Liste der Teilnehmer/innen	16
4. Anlagen	17
4.1 Material zur Vorbereitung für die Teilnehmer/innen für den Workshop am 31.10.2008	17 - 31

Vorab

Mit seinem Beschluss vom 02.07.2007 zum "Demographischen Wandel im Kreis Groß-Gerau" hat der Kreistag den thematischen Schwerpunkt "Demographie" gesetzt und zum Zukunfts- und Querschnittsthema erklärt.

Er beauftragte die Kreisverwaltung, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Kreis, die Anforderungen der demographischen Entwicklung zu bearbeiten und die Chancen und Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung abzuleiten.

Die Bürgermeister der Mainspitzgemeinden, Ginsheim-Gustavsburg und Bischofsheim, bekundeten ihr Interesse an einem gemeinsamen kommunalen Demographie-Check für die Mainspitze. Gemeinsam mit der Verwaltung beider Kommunen wurden das Konzept und die Schwerpunkte vereinbart. Ziel war es, die vorhandenen soziapolitischen Handlungsfelder unter dem Aspekt demographiegerechte zukünftige Ausrichtung zu beurteilen.

Am 31.10.2008 wurde unter Beteiligung von 31 Expertinnen und Experten beider Kommunen und des Kreises ein gemeinsamer Check für die Mainspitzgemeinden mit externer Moderation und Begleitung durchgeführt.

Vertretungen der Arbeitsgruppen stellten die Ergebnisse des Checks im Januar 2009 den Verwaltungsspitzen beider Kommunen und dem Ersten Kreisbeigeordneten vor und diskutierten die Ergebnisse mit ihnen.

Beide Bürgermeister beauftragten die Arbeitsgruppenvertretungen die Ergebnisse des Checks und der gemeinsamen Diskussion in Handlungsempfehlungen zu fassen, die den kommunalen Parlamenten vorgestellt und dort verabschiedet werden sollen.

Nachfolgend sind:

1. Die Handlungsempfehlungen des gemeinsamen Demographie-Checks Mainspitze dargestellt
2. das Workshopkonzept und Arbeitsprogramm für den Demographie-Check beschrieben.
3. die Einzelergebnisse und die Bilanz der Arbeitsgruppen aufgeführt.
4. das Grundlagenmaterial zur Information beigelegt.

1. Handlungsempfehlungen des gemeinsamen Demographie-Checks Mainspitze

Die nachfolgenden 3 Handlungsempfehlungen stellen eine Komprimierung der im Workshop entwickelten Anregungen dar. Sie sind nicht abschließend und nicht ausschließlich, setzen aber an den hervorgehobenen strategischen Ansatzpunkten für die kommunalen Entwicklungen in beiden Gemeinden an, damit diese sich "demographiefest" und "zukunftsorientiert" ausrichten können. Die Handlungsempfehlungen setzen auf Familienorientierung und generationenübergreifende Strukturentwicklung.

1.1 Handlungsempfehlung: Pädagogisches Konzept

Um was geht es?

Entwicklung eines abgestimmten pädagogischen Konzepts, das von U3 über Kita und Grundschule bis hin zur IGS folgendes umfasst:

- ◆ gemeinsame Grundhaltung, abgestimmtes pädagogisches Konzept
- ◆ abgestimmte Übergänge
- ◆ Elterbeteiligung stärken und sichern
- ◆ Integration zulässt
- ◆ Sprachförderung

Was soll dafür geschehen?

- ◆ Für die Umsetzung soll ein gemeinsames Konzept entwickelt werden (vgl. hessischer Bildungs- und Erziehungsplan).
- ◆ Die Entwicklung und Umsetzung soll von der Kommune gemeinsam mit dem Jugendhilfeträger und den beiden Schulträgern (kommunaler und staatlicher) abgestimmt und vereinbart werden
- ◆ Über die Umsetzung und die Weiterentwicklung soll alle 2-3 Jahre berichtet werden.

1.2 Handlungsempfehlung: Kinder- und Familienzentren / Mehrgenerationenansatz

Um was geht es?

In allen Ortsteilen sollen generationenübergreifende Familienzentren als Orte der Begegnung und der Dienstleistungen entstehen, die auch für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die Rolle und Funktion der Bürgerhäuser soll dabei berücksichtigt werden.

Was soll dafür geschehen?

Die Realisierungschancen für die Entwicklung von Familienzentren (analog dem Fechenheimer Modell) sollen in den Kommunen parallel zum Ausbau der Kinderbetreuung geprüft werden, Ansatzpunkte: u.a. Kitas, Schule, Bürgerhäuser, Vereinshäuser.

1.3. Handlungsempfehlung: Wohnungspolitik – öffentlicher Raum

Um was geht es?

- ◆ Der kommunale Einfluss auf die Wohngestaltung (Umbau – Ausbau – Neubau) soll verstärkt und dauerhaft gesichert sein.
- ◆ Wohnungen sollen energetisch, barrierefrei, alten- und familienfreundlich sein.
- ◆ Der öffentliche Raum soll barrierefrei gestaltet sein.

Was soll dafür geschehen?

- ◆ Kommunale Beratung (Sanierung u. ä)
- ◆ Kooperation mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften
- ◆ Der öffentliche Raum soll barrierefrei gestaltet sein (Kinderwagen, Rollatoren, Rollstühle)
- ◆ Beteiligung von Interessenverbänden (u. a. Behindertenbeauftragte, Seniorenbeirat)

2. Workshopkonzept und Arbeitsprogramm

2.1 Vorbereitung

Für die Umsetzung des Demographiechecks für die Mainspitzgemeinden Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg wurden vom Kreis mit beiden Bürgermeistern und den verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiter/innen sowie dem fachlichen Begleiter – Herrn Dr. Kleinemas - Vorgespräche geführt, bei denen als Schwerpunktthemen mit besonderer Relevanz die Bereiche:

- Kinder und Familie
- Bildung
- Senioren und Menschen mit Behinderungen
- Infrastrukturentwicklung und Wohnen

identifiziert wurden.

2.2 Teilnehmer/innen

Aus beiden Kommunen und dem Kreis wurden Experten und Expertinnen eingeladen. Insgesamt nahmen 31 Vertreter/innen am Workshop teil.

- **Vertreter/innen der Bereiche "Kinder und Familie"**
Bischofsheim: Klaus Kern, Sonja Müller
Ginsheim-Gustavsburg: Guido Conradi, Ulrike Kraus-Krämer, Frau Kolter, Christine Märtin-Müller, Waltraud Reutzel; Marita Steimel,
Kreisverwaltung: Dagmar Richter
- **Vertreter/innen des Bereichs "Bildung"**
Bischofsheim: Frau Boosch
Ginsheim-Gustavsburg: Frau Görting, Frau Hirsch, Frau Schlechta
- **Vertreter/innen der Bereiche "Senioren und Menschen mit Behinderungen"**
Bischofsheim: Hans Reinheimer, Roswitha Schäfer, Conny Spieler,
Ginsheim-Gustavsburg: Werner Müller, Sabine Wilde-Naujoks,
Kreisverwaltung: Peter Bäuml, Sabine Roscher
- **Vertreter/innen der Bereiche Infrastrukturentwicklung und Wohnen**
Bischofsheim: Felix Lüter, Bernd Schiffler
Ginsheim-Gustavsburg: Karl-Heinz Hennig, Norbert Kühn, Rosi Lehmann, Matthias Richter, Heidrun Riedel, Ottmar Weiler
Kreisverwaltung: Stefan Both, Ulrike Cramer, Margit Kühner

Zur Vorbereitung auf den Workshop erhielten die Teilnehmenden eine Mappe mit Datenmaterial zum demographischen Wandel in den einzelnen Kommunen und dem Kreis, so dass alle Teilnehmer/innen über die gleichen Grundlagen verfügten.

2.3 Umsetzung

Arbeitsform

Tagesworkshop mit moderierten Arbeitsgruppen

Tagesplan

- Kurze Einführung in das Themenfeld
Erläuterung der Aufgabenstellung für die Arbeitsgruppen und des Zeitplans
- Bildung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
- Vorstellung der Ergebnisse im Plenum
- Diskussion und Bilanz

Aufgabenstellung für die Arbeitsgruppen

1. Beschreibung der aktuellen Situation in beiden Kommunen
2. Analyse von Auswirkungen des demografischen Wandels
3. Prognose künftiger Entwicklungen
4. Definition priorisierter Veränderungsziele
5. Ableitung von Maßnahmenempfehlungen für die Handlungsfelder.

3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen – Abschrift der Wandzeitung

3.1 Arbeitsgruppe Kinder und Familie

Aktuelle Situation	Auswirkungen des demographischen Wandels	Prognosen	Veränderungsziele	Maßnahmeempfehlungen
<ul style="list-style-type: none"> • veränderte Familienstrukturen • veränderte Betreuungslandschaft • veränderter Bildungsbegriff • Kinder als Armutsrisiko • mehr Entwicklungsaufälligkeiten • mehr psychosomatische Krankheiten • erhöhter Beratungsbedarf • Verbreiterung der Klientel mit Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> • Dominanz von Senioren • erhöhtes Konfliktpotenzial zwischen den Generationen • Vielfalt der Kulturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrsprachigkeit, Veränderung in der Sprache • Veränderung des Sozialraums (weniger öffentlicher Spielräume) • Zunahme an Aggression • fehlende pädagogische Fachkräfte • vielfältige Betreuungslandschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von bedarfsgerechten Betreuungsangeboten (Familienzentren, Ganztagesstätte für alle Kinder, Kindertageseinrichtungen als Begegnungsstätte). • Voraussetzung: Vernetzung beteiligter Institutionen auf Augenhöhe regelmäßige Abfrage der Betreuungsbedarfe. 	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierungsangebote für Fachkräfte • Ressourcen für die fachliche Anleitung von Praktikantinnen • finanzielle Anreize für die Einstellung von Fachkräften (über-tarifliche Gehälter) • Einstellung von sozialpädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund • Einstellung von männlichen Fachkräften im Kita-Bereich • Großelternservice (Fachkräfte und Betreuungssomas oder Betreuungssopas)

3.2 Arbeitsgruppe Bildung

Die Arbeitsgruppe behandelte die Situation heute und Auswirkungen des demografischen Wandels in Hinsicht auf Bildung unter dem Fokus Schule, Eltern, Gesellschaft und SchülerInnen.

Auswirkungen des demographischen Wandels	Prognosen	Veränderungsziele und Maßnahmenempfehlungen
<p>Aktuelle Situation</p> <p>Schule</p> <ul style="list-style-type: none"> • verändertes Berufsbild ohne Vorbereitung • Verlagerung des Bildungsauftrages hin zur Erziehung • Schule als Spielball der Politik schafft hohe institutionelle Unsicherheiten <p>Eltern/Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • zunehmende egoistische Ansprüche • abnehmende Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen • mangelnde Wertschätzung, Distanz- und Respektlosigkeit • rückläufige Bevölkerungszahlen im Schul- und Kindheitsalter • Zunahme der Kinder mit Migrationshintergrund • Abschottung versus Integration • veränderte Familienstrukturen • wachsende Kluft zwischen Bildungsnähe und Bildungsferne <p>SchülerInnen</p> <ul style="list-style-type: none"> • fehlende Befriedigung der Grundbedürfnisse, • fehlende Primärerfahrungen • fehlende Konfliktlösungsstrategien • emotionale Vernachlässigung • steigende Gewalt und Suchtpotenzial • Zunahme der Verhaltens- und Sprachauffälligkeiten gravierend zunehmender negativer Mädcheneinfluss 	<ul style="list-style-type: none"> • schwierige Berufsbedingungen führen zu einer Abnahme der Bereitschaft, den Lehrerberuf und eine Funktion zu übernehmen • Ausweitung von Paralegesellschaften • das gesellschaftliche Konfliktpotenzial steigt. • Verstärkung der Defizite bei den Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Sprachkompetenz, Sozialkompetenz • Kinder gehen auf dem Weg zum Schulabschluss verloren. 	<p>a) Auf Kreisebene</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausweitung der Schulsozialarbeit auf die Grundschulen, um <ul style="list-style-type: none"> • Präventionsarbeit zu leisten für Kinder (z. B. Projekt Faustlos) und für Eltern (z. B. starke Eltern, starke Kinder) • soziale Gruppenprozesse in den Klassen zu unterstützen und Übergänge zu begleiten sowie Einzelfallhilfe zu gewährleisten <p>Ziel: ortsansässiges Netzwerk Schulsozialarbeit und Jugendpflege</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Ausbau der Ganztagschulen (GTS) <ul style="list-style-type: none"> • Grundschule als stellenwirksame GTS • fünfjährige GTS an der IGS Mainspitze • finanzielle Unterstützung beim Essensangebot 3. Verbindliche Deutschkurse für Eltern (erwachsene Migranten) durch VHS mit abschließender Sprachprüfung und Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Sprachklasse an der IGS Mainspitze durch die VHS (soll eingestellt werden!) 4. Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen (z. B. Schule und Jugendamt) <p>b) Auf Gemeindeebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von Strukturen in den Kitas zur Behebung von Sprachdefiziten bei Vorschulkindern • Vereinsstrukturen implementieren, die Angebote in den GTS-Bereichen der ortsansässigen Schulen gewährleisten

3.3 Arbeitsgruppe Senioren

Aktuelle Situation	Auswirkungen des demographischen Wandels	Prognosen	Veränderungsziele	Maßnahmeempfehlungen
<ul style="list-style-type: none"> • Personalressourcen für Altenarbeit in beiden Kommunen vorhanden • Akzeptanz der Beratungsstellen nimmt ständig zu • höheres Alter bei Einzug ins Heim und kürzere Verweildauer • Trend zur Individualisierung • starke Nachfrage beim Wohnen mit Service • unklare Definition des betreuten Wohnens (Wohnen mit Service) • Singles und fehlende Verwandtschaften • Zunahme der Demenzerkrankungen • Angebote zwischen Rentenbeginn und 80 Jahren sind unzureichend • Zunahme stark pflegebedürftiger jüngerer Menschen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtbevölkerung wird vermutlich sinken trotz Zuzug. • Gesamtbevölkerung sinkt zwar nur um 13 %, aber viele alte Menschen, wenig junge Menschen. • Bevölkerung wird Migrationsbevölkerung sein. • ungeklärte Frage, wo die gealterte Bevölkerung mit Migrationshintergrund leben wird • Anzahl der über 80-jährigen steigt überproportional 	<ul style="list-style-type: none"> • Bedarf an barrierefreier Infrastruktur, Wohnen und Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Straßen für alle Generationen wächst. • Bedarf von Alltagshilfen steigt. • Bedarf an Generationenhilfen und Engagement Älterer steigt. • Bedarf an Tagesbetreuung steigt. 	<ul style="list-style-type: none"> • barrierefreie Infrastruktur schaffen • Alltagshilfen initiieren • Generationenhilfen unter Einbeziehung des Engagements Älterer fördern • Tagesbetreuung fördern 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnberatung vor Ort • bei Sanierung bzw. Neubau kommunaler Wohnungen sollte eine bestimmte Anzahl von Wohnungen barrierefrei sein (Kommunale Wohnungsbaugesellschaft nur in Ginsheim-Gustavsburg vorhanden) • bei Bebauungsplänen sollte Barrierefreiheit vorgegeben werden (Realisierung sofort möglich) • Ressortübergreifender Arbeitskreis in der Kommune (Realisierung sofort möglich) • Kommune empfiehlt, informiert bei Umbau, Neubau von Wohnungen. • Kommune finanziert anteilig • Koordination der Alltagshilfen (bedingte Realisierung möglich). • Wohnen mit Service im Bestand (bedingte Realisierung möglich) • Unterstützung von Aufbau von Generationenhilfen durch Räume, Fortbildung, Logistik (Realisierung sofort möglich). • Entwicklung neuer Formen der Gratifikation und Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit (Realisierung sofort möglich)

3.4 Arbeitsgruppe Infrastrukturentwicklung und Wohnen

Aktuelle Situation	Auswirkungen des demographischen Wandels	Prognosen	Veränderungsziele	Maßnahmeempfehlungen
<ul style="list-style-type: none"> Grenzen der Siedlungsentwicklung (Flächen) erkennbar keine abgestimmte Gewerbeflächenentwicklung Infrastruktur in jedem Ortsteil anders, große Sanierungsbedürftigkeit in einzelnen Ortsteilen größtes Problem: innerstädtische Nahversorgung für Senioren/Behinderter starke Differenzierung, Unterschiede zwischen Bischofshoim und Ginsheim-Gustavsburg Vorteil von Ginsheim-Gustavsburg: starker Anteil kommunaler Wohnungen, Vorteile der Region: günstige Lage, Zentrumsnähe und Landschaft in der Mainspitze stagnierende Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> vergleichsweise größerer Anteil Erwerbstätiger verbleibt in der Region Stagnation bzw. leichte Rückentwicklung der Bevölkerungszahl überdurchschnittlicher Zuzug Ausdifferenzierung der Lebensstile → vielfältige Wohnungsangebote sind gefragt Mainspitze bleibt weiterhin attraktive Arbeitsregion Energiepreisentwicklung als Negativfaktor 	<ul style="list-style-type: none"> Zunahme des Bedarfs an Wohnflächen (z.B. Vier-Zimmer-Wohnungen) gleichzeitig Zunahme von Singlehaushalten Bezahlbarer Wohnraum im Alter (Wohn-Riester) gefragt Versorgungsdefizit für Gruppen mit mangelnder Mobilität Langfristige Investitionen in Bestand und Neubau erfordern richtige Weichenstellungen Anspruch an WohnraumbARRIEREFREIHEIT steigt 	<p>1 Wohnungsangebote ausdifferenzieren</p> <ul style="list-style-type: none"> Genossenschaftliches und kommunales Wohnen erhalten und stärken selbständiges Wohnen im Bestand bis ins hohe Alter, Segregation verhindern Angebote an preisgünstigem Wohnraum erhalten <p>2. soziale Infrastruktur ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> Interkommunale Abstimmung Zielgruppenbedarfe ermitteln (Prognosen, wissenschaftliche Analysen) Infrastrukturen für viele Zielgruppen parallel öffnen Zusammenlegung von Nutzungen im Bestand, öffentliche Einrichtungen mit barrierefreiem Zugang <p>3. Innenstädte lebenswerter machen</p> <ul style="list-style-type: none"> Aufenthaltsräume, Treffpunkte schaffen Generationspielertreffpunkt auf Sportflächen 	<ul style="list-style-type: none"> zentrales interkommunales Dienstleistungszentrum schaffen (erste Priorität) interkommunale gemeinsame Angebote schaffen/zusammenlegen Bürgerhäuser zum interkommunalen Mehrgenerationentreff entwickeln mit Standort im Kernbereich Räume im Wohnbereich im öffentlichen Raum für Rollatoren berücksichtigen Barrierefreie Fußwege durch Kioske Grundversorgung ermöglichen Fahrdienste, Angebot Anruf-Sammeltaxen ausbauen, stärkeren Einfluss auf Wohnbaugenossenschaft Ried und andere Wohnungsgesellschaften ausüben bürgerschaftliches Engagement stärken und

Aktuelle Situation	Auswirkungen des demographischen Wandels	Prognosen	Veränderungsziele	Maßnahmeempfehlungen
<p>kerungsentwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> • entspannter Wohnungsmarkt • Verschlechterung des Einzelhandels und der Nahversorgung 			<ul style="list-style-type: none"> • Wochenmärkte, • Stärkung der Funktionen neuer Konzepte und Zentren durch Nutzungskonzentration • (z.B. Projekt von Adrian in Bischofsheim, neues Zentrum Friedrich-Ebert-Platz in Ginsheim) • Bürgerschaftliches Engagement stärken und Initiativen stützen <p>4. Nahversorgung sichern</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zielübergreifende Voraussetzung zur Umsetzung der Ziele in den vier Handlungsfeldern: • Anpassung der Bebauungspläne (bisher oft nicht zeitgemäß) • Stärkung der Abstimmung zwischen Kommune und Wohnungswirtschaft 	<p>Initiativen stützen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewerbemieten im Kernbereich für Nahversorgung und Fachgeschäfte attraktiver machen

3.5. Bilanz der Workshops - übergreifende Schlussfolgerungen

Aktuelle Situation

- Die Kommunikation und Vernetzung zwischen planenden und handelnden Institutionen innerhalb von Kreis und Kommunen ist verbesserungswürdig.
- Es besteht ein erheblicher Bedarf an zielgruppenübergreifenden Angeboten.

Auswirkung des demographischen Wandels

- Die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Kommunen wird sich in folgender Weise verändern: Der Anteil jüngerer Menschen wird sich deutlich verringern und darunter werden überproportional viele Personen mit Migrationshintergrund sein.
- Der Anteil älterer Menschen wird sich deutlich erhöhen und darunter werden überproportional viele Personen über 80 Jahre sein.
- Es gibt widersprüchliche Prognosen darüber, ob die Bevölkerungszahl insgesamt stabil bleibt oder aber zurückgeht.
- In der Gesamtbetrachtung ist jedoch erkennbar, dass die Mainspitze weiterhin ein attraktiver Standort sein wird und Zuzug zu verzeichnen haben wird.

Prognose

- Die Folgen des demografischen Wandels erfordern Umstrukturierungen kommunaler Handlungsprioritäten, aber auch Investitionen.
- Integration wird aufgrund von Zuzug weiterhin eine wichtige kommunale Aufgabe sein.

Veränderungsziele

- Die Infrastruktur in den Kommunen muss sich verändern und sich dabei den aus dem demografischen Wandel resultierenden Anforderungen anpassen
- Um den Herausforderungen des demografischen Wandels vorausschauend und angemessen begegnen zu können, ist ein zeitnahes Handeln von (Kommunal-) Politik erforderlich
- Es ist hilfreich und förderlich, wenn die konzeptionelle Arbeit von Experten und Beteiligten im Anschluss an den Demografie-Check fortgesetzt wird.

Zu beachten:

- In der Maßnahmenplanung müssen deutliche lokale Unterschiede zwischen Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg berücksichtigt werden.

3.6. Liste der Teilnehmer/innen

Bischofsheim

Vorname Name	Institution	Funktion
Helga Boosch	Georg- Mangold Schule	Direktorin
Klaus Kern	Gemeinde Bischofsheim Jugendpflege	
Felix Lüter	Nassauische Heimstätte /Projektstadt Ffm.	Projektleiter Soziale Stadt Bischofsheim
Sonja Müller	Gemeinde Bischofsheim Schulkinderbetreuung	Kita-Leitung
Hans Reinheimer	DRK OV Mainspitze	Vorsitzender
Roswitha Schäfer	Gemeinde Bischofsheim Sozialdienst/BeKo	Sozialberatung
Bernd Schiffler	Gemeinde Bischofsheim Fachgruppe Kultur	Fachgruppenleiter
Conni Spieler	DRK Groß-Gerau	Pflegedienstleiterin
Klaus Treiber	Gemeinde Bischofsheim Abteilung Soziales und Kultur	Abteilungsleitung

Ginsheim - Gustavsburg

Vorname Name	Institution	Funktion
Guido Conradi	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Jugendpflege
Frau Görting	Integrierte Gesamtschule	Direktorin
Karl Heinz Hennig	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Fachbereichsleitung Personal und Soziales
Frau Hirsch	Albert-Schweitzer-Grundschule	Direktorin
Frau Kolter	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Leitung Kita VI
Ulrike Kraus-Krämer	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Fachberatung Kitas
Norbert Kühn	Kommunale Wohnungsgesellschaft	Leiter
Rosi Lehmann	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Ehrenamtliche Behindertenbeauftragte
Christine Martin-Müller	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Leitung Kita IV
Werner Müller	Alten – und Pflegeheim Haus „Mainblick“	Leitung
Waltraud Reutzel	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Leitung Kita I
Matthias Richter	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Mitarbeiter Fachbereich - Raum, Bau, Umwelt
Heidrun Riedel	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Mitarbeiterin Fachbereich - Raum, Bau, Umwelt
Frau Schlechta	Gustav-Brunner-Grundschule	Direktorin
Maritta Steimmel	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Leitung Kita VIII
Otmar Weiler	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Fachbereichsleiter – Fachbereich Raum, Bau, Umwelt
Sabine Wilde-Naujoks	Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg	Seniorenberatung

Kreisverwaltung Groß-Gerau

Vorname Name	Institution	Funktion
Peter Bäuml	Fachbereich Soziale Sicherung	Fachberatung Altenhilfe/ Psychiatriekoordination
Stefan Both	Regionalplanung und Umwelt	Fachdienst Regionalplanung
Ulrike Cramer	Fachbereich Soziale Sicherung	Leiterin des Fachbereiches
Margit Kühner	Fachbereich Wirtschaft und Beschäftigungsförderung,	stellv. Leiterin des Fachbereiches
Dagmar Richter	Fachbereich Jugend und Schule	Planung und Fachberatung
Sabine Roscher	Fachbereich Soziale Sicherung	Fachplanung Behindertenhilfe / Integration

Moderation

Dr. Uwe Kleinemas, Zentrum für Alternskulturen der Universität Bonn, Email: kleinemas@zak.uni-bonn.de

4. Anlagen

4.1 Material zur Vorbereitung für die Teilnehmer/innen für den Workshop am 31.10.2008

Datengrundlagen – Wanderung –Prognosen

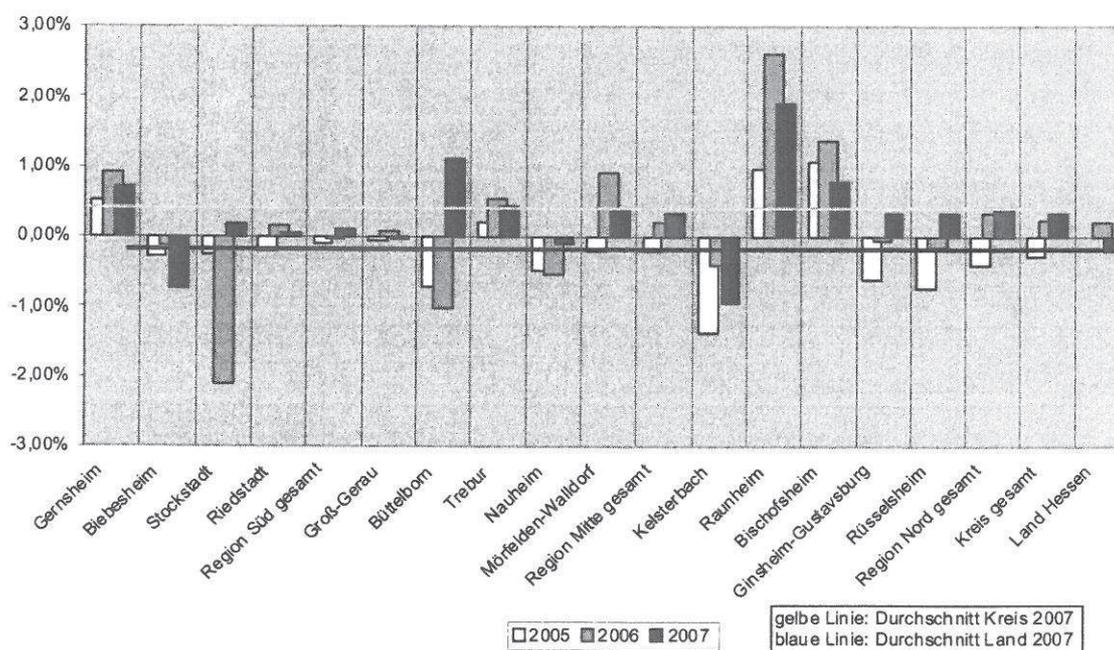
Datengrundlagen

Die nachfolgenden Graphiken und Tabellen sind im Fachbereich Soziale Sicherung auf Grundlage eigener Berechnungen erstellt worden. So wurden die anonymisierten Original-Einwohnermeldedaten der Kreiskommunen mit Zustimmung aller kreisangehöriger Städte und Gemeinden ausgewertet oder es wurden Berechnungen mit dem Hildesheimer Bevölkerungsmodell¹ - das ebenfalls ekom21 Daten verarbeitet - erstellt. Die Landesdaten wurden den Statistischen Jahrbüchern Hessen entnommen. Dort wo sie nicht vorlagen, wurden Landesvergleichsdaten der der Online-Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes "Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2007 bis 2050" verwendet. Die Datengrundlagen der Vorhersagen der Hessen Agentur² und der Bertelsmann Stiftung³ können in deren Veröffentlichungen eingesehen werden.

Wanderung

Der Kreis Groß-Gerau ist aufgrund seiner geographischen Lage im Rhein-Main Gebiet und seiner durch Zuwanderung geprägten Bevölkerung ein klassischer Zuzugskreis. So zeigen z.B. die Vergleiche der letzten 3 Jahre⁴ für den Kreis und für die beiden Mainspitzgemeinden - Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg – weiterhin entweder Wanderungsgewinne bzw. den Ausgleich von einem auf das andere Jahr⁵

Graphik 1 Wanderungsbewegung - Zu- und Fortzüge



1 <http://www.bevoelkerungsmodell.de>

2 <http://www.hessen-agentur.de>

3 <http://wegweiser-kommune.de> siehe auch http://wegweiser-kommune.de/global/methodik/Methodik_Prognose.pdf

4 Vgl. Kreismonitor Sozialdaten 2007, S.7ff

5 Basis: Auswertung der anonymisierten Original-Einwohnermeldedaten der Kreiskommunen, Landesdaten 2006 wurden dem Statistischen Jahrbuch Hessen 2005/2006 entnommen, statistisches Jahrbuch 2007/2008 liegt für den Bereich Demografie noch nicht vor, Landesvergleichsdatenentstammen sind aus der Online-Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes "Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2007 bis 2050" / Stand 2007

Prognosen

In den nachfolgenden Tabellen und Graphiken zur Prognose wurden kreisseitig Zu- und Wegzüge – die Wanderungsbewegungen in einem Gebiet - nicht mit berechnet. Ein Verfahren, das solide kommunalisierte Prognosen zur Wanderung ermöglicht, ist nicht abschließend vereinbart. Das bedeutet, die Vorhersagen des Fachbereichs Soziale Sicherung basieren ausschließlich Geburten- und Sterberaten und berücksichtigen die Entwicklungen in den einzelnen Alterskohorten, es wird ausschließlich mit den Menschen "gerechnet", die hier leben und bereits geboren wurden.

Aus diesem Grund sind die Prognosen auch "pessimistischer" als vergleichbare Vorhersagen wie zum Beispiel die der Hessen Agentur und die der Bertelsmann Stiftung. Beide haben einen "Wanderungsfaktor" in ihren Annahmen berücksichtigt. Die Hessen Agentur schreibt den Faktor "Wanderung" in ihrer Prognose auf sehr hohem Niveau fort. Die Bertelsmann Stiftung ist vorsichtiger in der Voraussage der Zuzüge, und führt aus, dass besonders bei kleinräumigen Entwicklungen auf Gemeindeebene singuläre Ereignisse – die nicht prognostizierbar sind - große Auswirkungen zeigen.

Was bedeutet dies nun für die nachfolgenden Tabellen und Graphiken, die die Entwicklung bis in das Jahr 2032 prognostizieren?

1. Die Verluste werden mit Sicherheit geringer ausfallen als aktuell von uns dargestellt, denn es wird Zuwanderung in den Kreis Groß-Gerau und auch in die beiden Mainspitzgemeinden geben, aber es wird Verluste im Bereich der jüngeren Altersgruppen geben.
2. Der höchste Anteil am Zuzug wird vermutlich aus dem Ausland stattfinden, weil zum Beispiel Familien zusammengeführt werden und Ehepartner/innen aus dem Herkunftsland einreisen. Es ist zu vermuten, dass diese Gruppen im reproduktiven Alter sein werden und entweder Kinder haben und mitbringen werden, bzw. Kinder hier bekommen und aufziehen werden (s. Anlage Bevölkerungszusammensetzung im Kreis)

Graphik 2 Bevölkerungsprognosen Kreis Groß-Gerau

